## Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	XXIII
§ 1. Einführung	
I. Die Bedeutung des Faches in Ausbildung und Prüfung	
II. Begriffsbestimmung und -abgrenzung	1
1. Teil. Staat und Wirtschaft	7
§ 2. Verfassungsrechtliche Grundlagen	7
Fall 1: Investitionshilfe für die Energiewirtschaft	7
I. Gesetzgebungskompetenz	7
II. Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Das Verhältnis von St	
Wirtschaft	
1. Staatsform und Wirtschaftsform in ihrer geschichtlichen Entsprech	•
2. Die Ordnung der Wirtschaft in der Weimarer Reichsverfassung	
3. Der Streit um die "Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes"	
4. Der Einfluss der EU-Wirtschaftsverfassung	20
§ 3. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	23
Fall 2: Unerwünschte Konkurrenz	23
I. Systematische Einordnung	23
II. Schranken der kommunalen Wirtschaftstätigkeit	27
1. Gemeindewirtschaftsrecht	27
2. Grundrechte	30
3. Das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb	31
§ 4. Vergaberecht	34
Fall 3: Ein "sauberes" Vergabeverfahren?	
I. Entwicklung des Vergaberechts	34
II. Systematik des Vergaberechts	
1. Zweiteilung des Regelungssystems	37
2. Aufträge oberhalb der Schwellenwerte	
3. Aufträge unterhalb der Schwellenwerte	
III. Voraussetzungen der Anwendbarkeit des Kartellvergaberechts	
1. Der Auftraggeber ("Persönlicher Anwendungsbereich")	
2. Öffentlicher Auftrag bzw. Konzession ("Sachlicher Anwendungs	
3. Keine Bereichsausnahme	

VIII Inhaltsverzeichnis

	IV. Grundzüge des Vergabeverfahrens	46
	1. Verfahrensgrundsätze	46
	2. Verfahrensarten	46
	V. Rechtsschutz im Vergabeverfahren	48
	1. Primärrechtsschutz im Oberschwellenbereich a) Eröffnung des Kartellvergaberechtsweges b) Zuständigkeit der Vergabekammer c) Statthaftigkeit des Nachprüfungsgegenstandes d) Antragsbefugnis gemäß § 160 II GWB e) Die Voraussetzungen des § 160 III GWB f) Formale Anforderungen g) Inhaltliche Entscheidung	49 50 50 50 51 51 52 52
	2. Primärrechtsschutz im Unterschwellenbereich	53
	3. Sekundärrechtsschutz	55
2. Te	eil. Der Schutz wirtschaftlicher Tätigkeit durch Grundrechte und Grundfreiheiten	57
§ 5.	Freie berufliche Betätigung in der Wirtschaft	57
	Fall 4: Werbeverbote für Apotheker	57
	I. Art. 12 I GG als Maßstab der verfassungsrechtlichen Prüfung	58
	II. Der Berufsbegriff	60
	III. Der Regelungsvorbehalt des Art. 12 I 2 GG	62
	1. Berufswahl und Berufsausübung	62
	2. Die Dreistufentheorie des BVerfG  a) Reine Berufsausübungsregelungen  b) Subjektive Zulassungsvoraussetzungen  c) Objektive Zulassungsvoraussetzungen	63 63 64 64
	IV. Berufsfreiheit und Unternehmensfreiheit	69
§ 6.	Eigentumsgarantie, Sozialbindung und Sozialisierung	72
	Fall 5: Atomkraft? Nein danke	72
	I. Art. 14 GG als Maßstab der verfassungsrechtlichen Prüfung	72
	II. Der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff	74
	III. Die Eigentumsbindung	77
	IV. Die Sozialisierung von Privateigentum	81
	Fall 6: Die Verstaatlichung der maroden Bank	81
	1. Allgemeine Bedeutung	81
	2. Inhalt der Sozialisierung	82
	3. Gegenstände der Sozialisierung	84
§ 7.	Koalitionsfreiheit	86
	I. Der Inhalt der Koalitionsfreiheit	86
	Fall 7: Gewerkschaftsemblem am Schutzhelm	86
	1. Bedeutung des Art. 9 III GG	86
	2. Dimensionen der Koalitionsfreiheit	86
	3. Schranken der Koalitionsfreiheit	88
	II. Der Begriff der Koalition	90

Inha	ıltsverzeichnis	IX
	Fall 8: Die deutsche Fotoindustrie vereinigt sich	90
	1. Freiwilliger Zusammenschluss	90
	2. Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	91
	3. Gegnerfreiheit oder Koalitionsreinheit	91
	4. Tariffähigkeit und Kampfbereitschaft	92
	III. Arbeitskampf und Koalitionsfreiheit	93
	Fall 9: Streik und Aussperrung in der Druckindustrie	93
	1. Unmittelbare Drittwirkung des Art. 9 III 2 GG	93
	2. Verfassungsmäßigkeit von Streik und Aussperrung	93
	3. Die sog. selektive Aussperrung	95
§ 8.	Die Grundfreiheiten des AEUV und die Unionsgrundrechte	97
3	Fall 10: Strenge Vorschriften für Bewachungs- und Sicherheitsunternehmen in	
	Belgien	97
	I. Grundlagen	97
	1. Die Aufsichtsfunktion der Kommission	97
	2. Bedeutung und Struktur der Grundfreiheiten	98
	II. Der freie Warenverkehr	100
	III. Der freie Personenverkehr	102
	1. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	102
	2. Die Niederlassungsfreiheit	104
	IV. Die Dienstleistungsfreiheit	104
	V. Die Freiheit des Kapitalverkehrs	108
	VI. Die Unionsgrundrechte	109
3. Te	eil. Rechtliche Grundordnung der Wirtschafts- und Währungspolitik	113
§ 9.	Globalsteuerung der Wirtschaft und Stabilität	113
3	I. Getrennte Haushaltswirtschaften und Globalsteuerung	113
	Fall 11: Vollbeschäftigung um jeden Preis?	113
	1. Der Grundsatz der Haushaltstrennung	113
	2. Das konjunkturpolitische Konzept der Globalsteuerung	114
	3. Bindung an die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes.	116
	a) Stabilität des Preisniveaus	117
	b) Hoher Beschäftigungsstand	118
	c) Außenwirtschaftliches Gleichgewicht d) Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum	118 119
	II. Kreditrahmenbegrenzung und Überschuldungsverbot	120
	Fall 12: Die umstrittenen Wahlgeschenke	120
	1. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben	120
	2. Der Einfluss des Unionsrechts	124
	III. Staatsverschuldung und Euro-Rettungsschirm	127
	Fall 13: Rettung vor dem Rettungsschirm	
	1. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung	127
	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Euro-Rettungsschirmes	128
	Die weiteren Maßnahmen zur Rettung des Euro und deren verfassungsrecht-	129
	liche Beurteilung	132

X Inhaltsverzeichnis

§ 10.	Das Europäische System der Zentralbanken	136
	Fall 14: Die unerwünschte Erhöhung der Mindestreservesätze	136
	I. Die unionsrechtlichen Regelungen im Überblick	136
	1. Die Entstehung der Europäischen Währungsunion	136
	2. Rechtlicher und institutioneller Rahmen	137
	3. Währungspolitische Aufgaben und Befugnisse	140
	4. Die neuen Kompetenzen auf dem Gebiet der Finanzaufsicht	142
	5. Das OMT-Programm zur Rettung des Euros	144
	6. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der EZB	147
	II. Die Deutsche Bundesbank als Bestandteil des Europäischen Systems der Zen-	
	tralbanken	150
	1. Rechtsstellung und Organisation	150
	2. Verbliebene Aufgaben und Befugnisse	151
	3. Verhältnis zur Bundesregierung	152
4. Te	il. Allgemeines Gewerberecht	155
§ 11.	Die Gewerbefreiheit	155
O	Fall 15: Ein Marokkaner in Deutschland	155
	I. Rechtsnatur der Gewerbebeschränkung	155
	II. Gewerbebeschränkung und Gewerbefreiheit	156
	Historische Entwicklung der Gewerbefreiheit	157
	2. Begriff und Bedeutung der Gewerbefreiheit im geltenden Recht	159
§ 12.	Der Begriff des "Gewerbes" als Grundlage der Gewerbeordnung	163
	Fall 16: Der Campingplatz	163
	I. Ableitung und Struktur des Gewerbebegriffes	163
	II. Die positiven Begriffsmerkmale ("Gewerbsmäßigkeit")	165
	1. Erlaubte Tätigkeit	165
	2. Gewinnerzielungsabsicht	167
	3. Dauerhaftigkeit	167
	4. Selbstständigkeit	167
	III. Die negativen Begriffsmerkmale ("Gewerbsfähigkeit")	168
	1. Keine Urproduktion	168
	2. Kein freier Beruf	169
	3. Keine Verwaltung eigenen Vermögens	170
	IV. Die gewerberechtliche Anzeigepflicht	171
§ 13.	Gewerberechtliches Instrumentarium	175
	I. Die Gewerbeuntersagung	175
	Fall 17: Gebrauchtwagenhandel	175
	1. Die Untersagungsermächtigung des § 35 GewO	175
	2. Materielle Voraussetzungen der Gewerbeausübung	178
	3. Die gewerbliche Zuverlässigkeit	178
	II. Die gewerberechtliche Genehmigung	183

Inha	ltsverzeichnis	XI
	Fall 18: Die neu gestaltete Peep-Show	183
	Rechtliche Einordnung der Gewerbegenehmigung	185
	2. Sach- und Personalkonzessionen	187
	3. Formen der Genehmigungserteilung	187
	4. Die Aufhebung der Genehmigung	188
	5. Nebenbestimmungen zur Genehmigung	188
	6. Versagungsgründe	189
	7. Die sofortige Vollziehung einer gewerberechtlichen Verfügung	194
	Fall 18a: Die Peep-Show muss schließen	194
	8. Das Glücksspielrecht	196
8 14.	Das Reisegewerbe	203
3	Fall 19: Der erfolglose Zeitschriftenwerber	203
	I. Ordnungswidriges Verhalten im Wirtschaftsverwaltungsrecht	203
	II. Stehendes Gewerbe – Reisegewerbe – Marktgewerbe	204
	III. Der Begriff des Reisegewerbes	206
	1. Die besonderen Merkmale des § 55 I GewO	206
	2. Rückgriff auf den allgemeinen Gewerbebegriff	
	IV. Reisegewerbekartenpflicht und Pressefreiheit	208 209
		209
§ 15.	Märkte, Ausstellungen und Messen (Marktgewerbe)	212
	Fall 20: Zulassung zum Cannstatter Volksfest	212
	I. Formen des Marktgewerbes	212
	Messen, Märkte und Ausstellungen	212
	2. Volksfeste	214
	3. Private Veranstaltungen	215
	4. Gewerberechtliche Erfordernisse für Schausteller	215
	II. Marktfreiheit und Zulassungsbeschränkungen	216
	Fall 20 (Fortsetzung)	216
	1. Teilnahmeanspruch und Marktgestaltungsrechte	216
	2. Die Sachentscheidungsvoraussetzungen einer Schaustellerklage	217
	3. Die Auswahlentscheidung nach § 70 III GewO	219
	III. Märkte und Volksfeste als gemeindliche Einrichtungen	226
	1. Kommunalrecht und Gewerberecht	226
	Gemeinderechtliches Einwohnerprivileg und Dienstleistungsfreiheit nach     Art. 56 AEUV	229
s 16	Ladenöffnungsrecht	231
2	Fall 21: Getrübte Verkaufsfreuden	231
	I. Der Ladenschluss nach der Föderalismusreform I	231
	II. Die Verfassungsmäßigkeit ladenschlussrechtlicher Bestimmungen	235
	III. Die Unionsrechtskonformität des Ladenschlusses	
	IV. Zum Inhalt des Ladenschlussrechts	239
	Sachlicher Anwendungsbereich	240
	Zeitlicher Anwendungsbereich	240
	3. Ausnahmen	242 242
		24/

XII Inhaltsverzeichnis

5. Te	il. Besonderes Gewerberecht	245
§ 17.	Gaststättenrecht	245
	Fall 22: "Die mit der Pille tanzen"	245
	I. Das Gaststättengesetz als lex specialis zur Gewerbeordnung	245
	1. Der Begriff des Gaststättengewerbes  a) Stehendes Gewerbe  b) Schank- und Speisewirtschaften  c) Zugänglichkeit für jedermann oder einen bestimmten Personenkreis	245 246 248 248
	2. Die Zielsetzungen des Gaststättengesetzes	249
	II. Die Gaststättenerlaubnis	249
	Erlaubnispflicht und Erlaubnisvoraussetzungen	249
	2. Sonderformen der Erlaubnis  a) Stellvertretungserlaubnis  b) Vorläufige Erlaubnis  c) Gestattung	250 250 251 251
	3. Nebenbestimmungen	251
	4. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis	252
	III. Die Auswirkungen des sog. Hinterbliebenenprivileges	253
	Fall 23: Tatort "Casablanca"	253
	1. Das Verbot der Betriebsfortführung	254
	2. Die postmortale Rücknahme der Erlaubnis	255
	3. Widerruf und Rücknahme des Weiterführungsrechts analog § 15 GastG	255
	IV. Der Nichtraucherschutz in Gaststätten	257
	Fall 24: Rauchen verboten?	257
	1. Die Nichtraucherschutzgesetze der Länder	257
	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten	257 260
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten	
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"	260
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten	260 265
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand	265 265
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und	<ul><li>260</li><li>265</li><li>265</li><li>265</li></ul>
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"	265 265 265 270
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe	265 265 265 265 270 271
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit	260 265 265 265 270 271 271
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit  3. Handwerksmäßigkeit	260 265 265 270 271 271 272
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit  3. Handwerksmäßigkeit  III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit	260 265 265 270 271 271 272 273
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit  3. Handwerksmäßigkeit  III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit  IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb	265 265 265 270 271 271 272 273 275
§ 18.	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit  3. Handwerksmäßigkeit  III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit  IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb  Fall 26: Elektroeinzelhandel und Serviceleistungen	260 265 265 270 271 272 273 275 275
•	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit  3. Handwerksmäßigkeit  III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit  IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb  Fall 26: Elektroeinzelhandel und Serviceleistungen  1. Unterscheidung vom Minderhandwerk  2. Sonderformen: Handwerklicher Nebenbetrieb und Hilfsbetrieb	260 265 265 270 271 272 273 275 275 276
•	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit  3. Handwerksmäßigkeit  III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit  IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb  Fall 26: Elektroeinzelhandel und Serviceleistungen  1. Unterscheidung vom Minderhandwerk	260 265 265 270 271 271 272 273 275 276
•	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit  3. Handwerksmäßigkeit  IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb  Fall 26: Elektroeinzelhandel und Serviceleistungen  1. Unterscheidung vom Minderhandwerk  2. Sonderformen: Handwerklicher Nebenbetrieb und Hilfsbetrieb  Das Verkehrsgewerbe	260 265 265 270 271 271 273 275 276 277 280
•	2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten  Handwerksrecht  Fall 25: "Oles Brotfabrik"  I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand  II. Der Begriff des "zulassungspflichtigen Handwerkes"  1. Stehendes Gewerbe  2. Handwerksfähigkeit  3. Handwerksmäßigkeit  III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit  IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb  Fall 26: Elektroeinzelhandel und Serviceleistungen  1. Unterscheidung vom Minderhandwerk  2. Sonderformen: Handwerklicher Nebenbetrieb und Hilfsbetrieb  Das Verkehrsgewerbe  I. Der Güterkraftverkehr	260 265 265 271 271 272 273 275 276 277 280 281

Inhaltsverzeichnis X	XIII
3. Genehmigungspflicht und Genehmigungsvoraussetzungen für den gewerblichen Güterkraftverkehr	202
4 Dis EU Consider to 10 to 1 to 1 to 1 to 1 to 1	283
$\mathbf{H}_{\mathbf{u}}$ $\mathbf{D}_{\mathbf{u}}$ $\mathbf{D}_{\mathbf{u}}$ $\mathbf{D}_{\mathbf{u}}$ $\mathbf{D}_{\mathbf{u}}$ $\mathbf{D}_{\mathbf{u}}$ $\mathbf{D}_{\mathbf{u}}$	285
	286
	286
	286
	287
	290
4. Die Problematik sog. "Sharing Economy"-Modelle	293
	296
	296
1. Die Reform des Eisenbahnrechts	297
2. Die Trennung von Netz und Betrieb	298
3. Die Eisenbahnaufsicht	299
4. Die Stilllegung von Eisenbahninfrastruktureinrichtungen	300
a) Der Rechtsschutz Dritter	301
b) Formelle und materielle Voraussetzungen der Stilllegung	303
§ 20. Regulierungsrecht	306
Fall 20: Dog lange Was now Öl	306
I Die Entstehung des Dagulieur / 1.	306
II Die Decyliemen im Denich 1 P	309
1 Die Verschen zum Englischen von (T. 1. 11)	312
2 Der Anspruch auf Norganschluss und M.	316
3 Dor Approach out Normikarana	319
1 Dia (raduziarta) Raguliaruna in Wastley 1 1 Tr	321
	521
6. Teil. Subventionierung wirtschaftlicher Tätigkeit	325
§ 21. Rechtliche Grundlagen	327
Fall 31: Investitionszulagen für die "Kipp und Most KG"	327
I. Der Subventionsbegriff	327
1. Keine Beschränkung auf Wirtschaftssubventionen	327
2. Direkte und indirekte Subventionen	329
3. Subventionsarten und -formen	329
II Die EII Reihilfenkontrolle	330
1. Investitionszuschuss und EU-Beihilfenverbot	330
2. Das Verfahren der Beihilfenkontrolle	333
III. Der Anspruch auf Subventionierung nach dem Koordinierungsrahmen der	335
§ 22. Das Subventionsverhältnis	340
Tall 22. Die Kürzung der Aushilden genlaten und	340
T. Danwindung and Association of the Substitution of the Substitut	340
1 Subventions any abrung als unmittelle as Varreleure 1	340
2. Firstufice and zweigtufice Subvention work "leniese	341
2 Die Konstruktion der Subventiongversche als Vermel	342

XIV Inhaltsverzeichnis

II. Rückabwicklung des Subventionsverhältnisses	343
1. Widerrufs- und Erstattungsvoraussetzungen	343
2. Ermessensausübung und -begründung	345
3. Rücknahme von unionsrechtswidrigen Subventionsbescheiden	346
Fall 33: Die unionsrechtswidrige Beihilfe	346
7. Teil. Selbstverwaltung der Wirtschaft	353
§ 23. Das Kammersystem	353
Fall 34: Kammerzugehörigkeit wider Willen	353
I. Wirtschaftsselbstverwaltung als öffentliche Verwaltung	353
1. Rechtsstellung und Aufgaben der Industrie- und Handelskammern	353
2. Abgrenzung gegenüber Wirtschaftsverbänden	355
3. Wirtschaftsselbstverwaltung und berufsständische Selbstverwaltung	356
II. Voraussetzungen der Kammerzugehörigkeit	357
III. Zwangsmitgliedschaft und Verfassung	360
1. Vereinbarkeit mit Art. 9 I GG	360
2. Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG	361
3. Vereinbarkeit mit Art. 2 I GG	362
IV. Zwangsmitgliedschaft und "allgemeinpolitisches Mandat"	364
Fall 35 (Fortsetzung von Fall 34): Streit um die Kammerzeitschrift	364
§ 24. Die Innungen im Handwerk	368
Fall 36: Keine Aufnahme in die Schornsteinfegerinnung	368
I. Die Organisation der Handwerksselbstverwaltung	368
II. Das Recht auf Aufnahme in die Innung	372
Sachverzeichnis	375